

Xenia Frei und Remo Nitschke\*

# Erfahrungen aus Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen

Durch die Ansiedlung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen in strukturschwachen Regionen erhofft sich die Politik, zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beizutragen. Besonders vom Strukturwandel betroffene Gebiete sollen so durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten aufgewertet werden. Die (Neu-)Ansiedlung von Behörden im strukturschwachen Raum kann sich allerdings auch auf verwaltungsinterne Aspekte wie die Effizienz der Verwaltung, die Personalgewinnung oder die Zufriedenheit der Beschäftigten auswirken. Ein Blick in vier neuangesiedelte bzw. verlagerte Behörden zeigt Chancen und Herausforderungen von Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen sowie Erfolgsfaktoren für die effiziente und zugleich mitarbeiterverträgliche Umsetzung einer Behördenansiedlung auf.

Bundeseinrichtungen sind bislang nur selten in ländlichen Regionen angesiedelt (vgl. hierzu Abb. 1). Die Dezentralisierung von Bundesbehörden findet auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung Erwähnung. Demnach sollen neue oder zu erweiternde Bundes- sowie Forschungseinrichtungen verstärkt in strukturschwachen Regionen angesiedelt werden (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021). Auch im Strukturstärkungsgesetz für die Kohleregionen ist dieser Aspekt verankert. Demzufolge sollen in Kohleregionen bis zum Jahr 2028 bis zu 5 000 Arbeitsplätze in Bundeseinrichtungen neu geschaffen werden (§ 18 InvKG, Absatz 1).

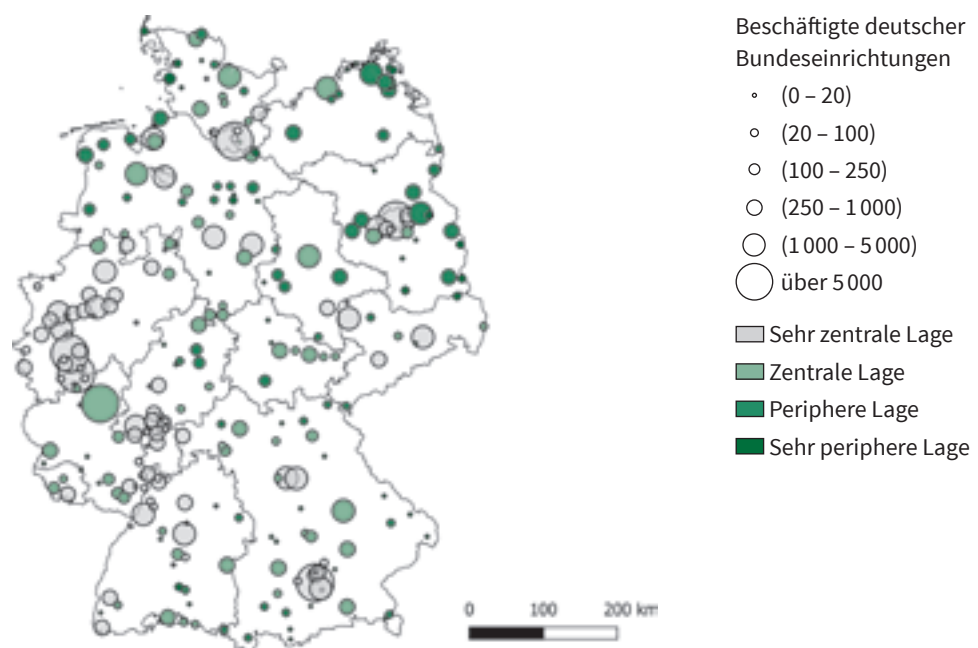
Die empirische Evidenz für den strukturstärkenden Effekt von Behörden ist aufgrund von Herausforderungen im For-

schungsdesign und einer begrenzten Datenverfügbarkeit spärlich (Frei und Thum 2019). Einige Studien dokumentieren positive Effekte von Behördenansiedlungen auf die regionale Beschäftigung im Dienstleistungssektor, weisen jedoch oft auch auf negative Auswirkungen durch Verdrängungseffekte für das produzierende Gewerbe hin (vgl. Faggio et al. 2016; Becker et al. 2018). In Deutschland fehlt es aktuell an einer detaillierten Datenbank zu Beschäftigten von Bundes- und Landeseinrichtungen auf Gemeindeebene über einen längeren Zeithorizont. Eine solche Datenbank wäre für weiterführende

\* Xenia Frei ist Doktorandin und Remo Nitschke ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

## Abb. 1

### Verteilung von Beschäftigten in Bundeseinrichtungen nach geografischer Lage



Quelle: Deutscher Bundestag – Drucksache 19/18600 (2020). Digitale Geodaten: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2021): Verwaltungsgebiete 1:25 000 (Ebenen), Stand 01.01. BBSR Bonn 2021. BBSR (2022), Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Forschung von großer Bedeutung. Vor dem Hintergrund der mangelnden empirischen Evidenz untersuchte die Niederlassung Dresden des ifo Instituts in Zusammenarbeit mit dem ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie nun im Rahmen des Programms „Region gestalten“, inwieweit Behördenansiedlungen in strukturschwachen Regionen ein geeignetes Mittel sind, um den strukturschwachen Raum zu stärken.

Beauftragt wurde das ifo Institut durch das *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)*. Im Rahmen des Programms *Region gestalten* setzen das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) Mittel für ländliche Räume, speziell für Vorhaben im Bereich der Raumordnung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein (BULE). Fachlich und administrativ wurde die Studie durch das BBSR begleitet, das neben dem Transfer in die Praxis auch die Politik im Hinblick auf Veränderungen staatlicher Rahmenbedingungen berät.

Der folgende Beitrag stellt einen Auszug aus dieser Studie dar (vgl. BBSR 2022). Ziel ist es, basierend auf den Erfahrungen aus vier Behördenansiedlungen mögliche Erfolgsfaktoren für zukünftige Ansiedlungen zu identifizieren. Hierzu wurden Interviews und Befragungen unter Beschäftigten von vier neuangesiedelten bzw. verlagerten Behörden sowie regionalen Stakeholder\*innen der Zielregionen durchgeführt.

#### VIER FALLBEISPIELE FÜR BEHÖRDEN IN STRUKTURSCHWACHEN REGIONEN

Zur Untersuchung der Fragestellung wurden vier Fallbeispiele von Behördenneuan siedlungen bzw. -verlagerungen evaluiert. Bei den betrachteten Behörden handelt es sich um

- das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberpfalz in Tirschenreuth,
- das zukünftig in Mühldorf am Inn ansässige ALE Oberbayern,
- die Außenstelle des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Weißwasser sowie
- das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau-Roßlau.<sup>1</sup>

Die vier Fallbeispiele wurden vom Forschungsteam gewählt, um eine möglichst große Diversität bezüglich des Zeitpunkts der Ansiedlung und des Behördenstandortes zu erreichen. Um den strukturellen Unterschieden bei Behördenansiedlungen möglichst gut gerecht zu werden, wurde bei der Auswahl der Behörden zudem darauf geachtet, sowohl Bundes- als auch Landesbehörden einzubeziehen sowie zwischen neuangesiedelten und verlagerten Behörden zu unterscheiden. Abbildung 2 gibt einen kartografischen Überblick über die Lage der vier betrachteten Behördenstandorte.

Das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) Oberpfalz ist eine Landesbehörde mit aktuell rund 150 Beschäftigten. Es wurde 2013 vom ehemaligen Standort Regensburg in die rund 100 km entfernte und knapp 9 000 Einwohner\*innen (2020) zählende Kreisstadt Tirschenreuth verlagert, nachdem der erste Beschluss zur Umsiedlung bereits im Jahr 2004 getroffen wurde. Die Umsiedlung war mit einem erheblichen Personalumbau verbunden. Nur 65 der ursprünglich 135 Beschäftigten verblieben nach dem Umzug in der Behörde. Das ALE Oberbayern

mit rund 140 Beschäftigten, ebenfalls eine Landesbehörde, soll im Jahr 2025 von München in das rund 80 km entfernte und gut 20 000 Einwohner\*innen starke Mühldorf am Inn verlagert werden.<sup>2</sup> Die Außenstelle des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wurde im März 2020 im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes am Standort Weißwasser nach nur vier Monaten Vorbereitungszeit neugegründet. Im Mai 2021 zählte die Bundesbehörde rund 160 Beschäftigte, die überwiegend aus der Region stammen. Weißwasser liegt in der Oberlausitz nahe der polnischen Grenze, einer stark von der Braunkohleförderung geprägten Region, und zählt aktuell gut 15 000 Einwohner\*innen. Das Umweltbundesamt wurde im Jahr 2005 von Berlin nach Dessau (seit 2007 Dessau-Roßlau) verlagert. Dessau-Roßlau ist eine kreisfreie Stadt im Osten Sachsen-Anhalts mit rund 80 000 Einwohner\*innen. Vom Beschluss bis zur finalen Verlagerung vergingen 13 Jahre. Mehr als 750 der damals 1 300 Beschäftigten wechselten an den neuen Standort, wobei ein Großteil nach Dessau pendelte. Heute arbeiten gut 1 000 der insgesamt 1 600 Beschäftigten am Standort Dessau-Roßlau. Weitere Standorte des UBA befinden sich in Berlin, Bad Elster (Sachsen), Langen (Hessen) und Salzgitter (Niedersachsen).

#### TEILSTRUKTURIERTE, LEITFADENORIENTIERTE INTERVIEWS ZUR EVALUATION VON VIER FALLBEISPIELEN (NEU-)ANGESIEDELTER BEHÖRDEN

Die vier Fallbeispiele von Behördenansiedlungen wurden mithilfe von 34 teilstrukturieren, leitfadenorientierten Interviews mit Beschäftigten der vier Behörden sowie mit Stakeholder\*innen aus den Zielregionen evaluiert. Teilstrukturierte, leitfadenorientierte Interviews sind ein Hybrid aus standardisierten und narrativen Interviews. Bei dieser Methodik liegt dem Interview zwar ein Leitfaden zugrunde, der relevante Themenblöcke festlegt, der konkrete Gesprächsverlauf wird dabei aber möglichst offengehalten und somit ein Kompromiss zwischen inhaltlicher Tiefe und Vergleichbarkeit geschaffen (Bock 1992). Diese Methode stellt sicher, dass alle relevanten Fragestellungen diskutiert werden und die Interviews vergleichbar sind. Andererseits schränkt sie die befragten Personen nicht zu stark ein und lässt Raum für individuelle Mitteilungsbedürfnisse der Befragten. Ziel der Interviews ist es, zu untersuchen, wie Ansiedlungen von Behörden und öffentlichen Einrichtungen in strukturschwachen Regionen erfolgreich umgesetzt werden können. Der Fokus liegt dabei neben „externen“ Auswirkungen der Behördenansiedlung auf die betroffene Region vor allem auf den „internen“ Auswirkungen auf die betroffene Verwaltung und die Beschäftigten. Auf externer Ebene steht die Frage im Vordergrund, inwieweit die Behördenansiedlung zu Wohnortverlagerungen geführt hat. Auf interner Ebene zielen die gestellten Fragen unter anderem auf die Bewertung der Qualität der Verwaltung, die Personalentwicklung sowie die allgemeine Zufriedenheit der betroffenen Beschäftigten ab. Um die Ergebnisse der Interviews zu untermauern und auf eine breitere empirische Basis zu stellen, wurden zusätzliche Onlineumfragen unter 652 Beschäftigten aus zwei der betrachteten Behörden durchgeführt. Die zentralen Ergebnisse der vier Fallstudien werden nun diskutiert.<sup>3</sup>

Abb. 2

## Behördenstandorte der Fallstudien



Quelle: Digitale Geodaten: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (2021): Verwaltungsgebiete 1:25 000 (Ebenen), Stand 01.01. BBSR (2022), Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

## ERGEBNISSE

Die Beschäftigten der vier untersuchten Behörden bewerteten die Neuansiedlungen sehr heterogen. Besonders deutlich werden die Unterschiede zwischen Beschäftigten, die aufgrund einer Verlagerung ihren Arbeitsort wechselten und jenen, die ihr Beschäftigungsverhältnis erst nach einer Verlagerung oder Neugründung der Behörde begannen.

### Verlagerung und Neugründung

Mitarbeiter\*innen, deren Arbeitsplätze im Zuge eines Behördenumzugs verlagert wurden, berichten, dass der zeitliche Rahmen des Umzugs und die Kommunikation während des Prozesses entscheidende Faktoren für den Erfolg bei der Umsetzung seien. Geht dem Umzug eine längere Phase der Unsicherheit in Verbindung mit mangelnder oder irreführender Kommunikation voraus, so bewerben sich insbesondere Wissens- und Leistungsträger\*innen in dieser Phase auf andere Stellen. Die Folge sind Effizienzverluste in der Behörde.

Wurde der zeitliche Rahmen hingegen klar kommuniziert und den Mitarbeiter\*innen der Umzug über Telearbeitsplätze erleichtert, seien die Effizienzverluste geringer. Allerdings können auch ein klar definierter zeitlicher Rahmen und mitarbeiterfreundliche Kommunikation den Verlust von Arbeitskräften nicht verhindern. Damit Effizienzverluste dennoch reduziert werden können, kann eine längere Übergangsphase sinnvoll sein, in der Mitarbeiter\*innen, die nicht zum Umzug bereit sind, am alten Standort auf Telearbeitsplätzen arbeiten.

Beschäftigte, deren Beschäftigungsbeginn nach der Neuansiedlung liegt, bewerten die Ansiedlung grundsätzlich positiver. Häufig handelt es sich um Personen, die in der Zielregion der Behörde beheimatet sind. Die Behördenansiedlung wird

von ihnen als Chance verstanden. Allerdings berichten auch sie von Effizienzverlusten im Zusammenhang mit Verlagerungen. Im Falle von Neugründungen wird teilweise von Startschwierigkeiten berichtet. Die neu gegründete Behörde kann die ihr zugedachten Aufgaben dann nicht im vorgesehenen zeitlichen Rahmen erfüllen.

### Rekrutierungsproblem

In strukturschwachen Regionen gestaltet sich die Rekrutierung hochqualifizierter Beschäftigter schwierig. Das lokale Arbeitskräfteangebot ist naturgemäß geringer als in Ballungszentren. Zudem sind strukturschwache Regionen für ortsfremde Arbeitnehmer\*innen häufig unattraktiv. Im Wettbewerb um Arbeitskräfte verlieren diese Regionen daher gegen große Zentren. Erschwerend kommt hinzu, dass familiär gebundene Arbeitnehmer\*innen häufig nur zu einem Umzug bereit sind, wenn beide Partner eine Stelle in der Zielregion finden. Das ist in strukturschwachen Regionen häufig nicht der Fall. Die Rekrutierung von hochqualifizierten Arbeitskräften wird durch Telearbeitsplätze und flexible Arbeitszeiten erleichtert. Dies führt jedoch dazu, dass die Beschäftigten ihren Wohnort nicht in die Region der Behörde verlagern. Die von der Politik angestrebten positiven ökonomischen Effekte auf die Region bleiben damit aus. Um dem Rekrutierungsproblem entgegenzuwirken, können unter Umständen Kooperationen mit lokalen Bildungseinrichtungen sinnvoll sein. Die benötigten Fachkräfte könnten dann zielgerichtet vor Ort ausgebildet werden.

### Wohnortwahl bei Verlagerung

Zusätzlich zu den Interviews wurden Onlineumfragen unter den Beschäftigten des ALE Oberpfalz und des UBA durchgeführt.

Unter anderem wurden die Beschäftigten nach ihrem Wohnort gefragt. Trotz der oben beschriebenen Herausforderungen lebt nach einiger Zeit ein zunehmender Anteil der Beschäftigten in der Zielregion der Behörde. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Beschäftigten, je nach Beschäftigungsbeginn. Die Abbildungen 3 und 4 zeigen die Wohnorte von Beschäftigten des ALE Oberpfalz und des UBA, gesondert nach Beschäftigten, die vor und nach dem Umzug eingestellt wurden.

Beschäftigte des ALE Oberpfalz, die bereits vor dem Umzug (im Jahr 2013) bei der Behörde tätig waren, leben auch acht Jahre nach dem Umzug noch teilweise in Nachbargemeinden von Regensburg. Sie nehmen dadurch Pendelzeiten von mehr als einer Stunde je Strecke in Kauf. In den Interviews wurden als Gründe hierfür familiäre Bindungen und wenige verbleibende Jahre bis zum Renteneintritt genannt. Beschäftigte, die erst nach dem Umzug eingestellt wurden, leben überwiegend in der Zielregion. Nicht alle Beschäftigten, die vor dem Umzug eingestellt wurden und heute in der Zielregion wohnen, verlagerten ihren Wohnort in die Zielregion. Da im Vorfeld des Umzugs des ALE Oberpfalz im Jahr 2013 rund die Hälfte der Beschäftigten das Amt verlies, wurden die Mitarbeiter\*innen bereits vor dem Umzug durch Arbeitskräfte aus der Zielregion Tirschenreuth ersetzt. Diese Beschäftigten lebten bereits vor dem Umzug in der Zielregion und pendelten nach Regensburg bis zur Verlagerung.

Auch am UBA wurden bereits vor der Verlagerung Beschäftigte aus der Zielregion Dessau-Roßlau eingestellt. Beschäftigte, die bereits vor der Verlagerung am UBA in Berlin tätig waren, verlagerten ihren Wohnsitz nur selten. Ein Großteil der Beschäftigten, die nach der Verlagerung eingestellt wurden,

lebt in einem weiträumigen Umkreis um den Behördenstandort. Pendelzeiten von einer Stunde pro Strecke sind bei dieser Behörde insbesondere unter jüngeren Beschäftigten üblich. 16 Jahre nach der Verlagerung lebt noch ein deutlicher Anteil der UBA-Beschäftigten in und um Berlin. Verantwortlich hierfür sind zum einen die familiären Bindungen der Beschäftigten, aber auch die Arbeitsstruktur des UBA. Insbesondere die Leitungsebene des UBA ist häufig zu Präsenzterminen in Berlin und nutzt die dortigen Büroräume.

**Bewertung der lokalen Bevölkerung**

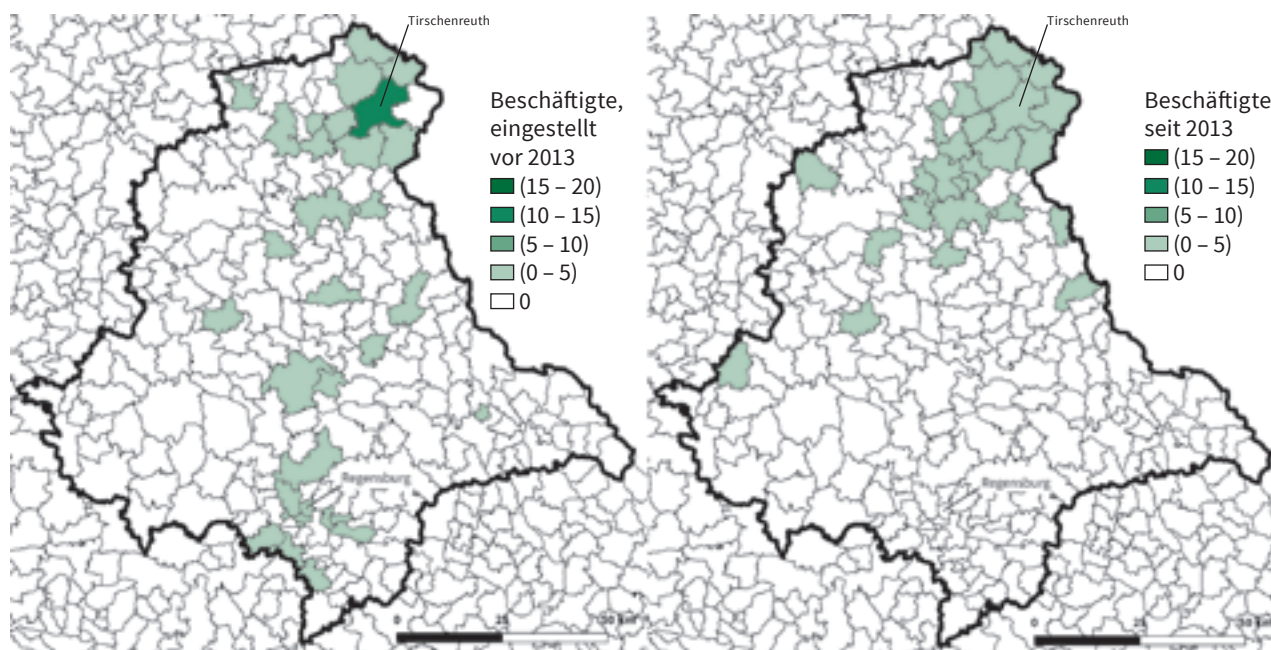
Laut Vertreter\*innen aus Politik und Wirtschaft der Zielregionen wurden die Behördenansiedlungen von der Bevölkerung überwiegend als positives Signal für die Region verstanden. Allerdings wurden die Effekte der Ansiedlungen im Vorfeld überschätzt, was teilweise zu Unmut in der Bevölkerung führte. Betont wurde, wie wichtig es für die Leitungsebene der neu angesiedelten Behörde ist, in der Region für die Bevölkerung sichtbar zu sein. Bei Verlagerungen wurde es als negativ bewertet, wenn die Beschäftigten der Behörde nach der Ansiedlung nicht aus der Region kamen. Damit eine Behördenansiedlung von der lokalen Bevölkerung positiv aufgefasst wird, sollte die lokale Politik diese zudem als positiv kommunizieren und die tatsächlich eingetretenen Vorteile transparent machen.

**FAZIT**

In der vorgestellten Untersuchung wurden qualitative Interviews durchgeführt, um aus den Erfahrungen vergangener

**Abb. 3**

**Wohnort der Beschäftigten des ALE Oberpfalz in Tirschenreuth nach Beschäftigungsbeginn vor der Umsiedelung (links) und nach der Umsiedelung (rechts)**



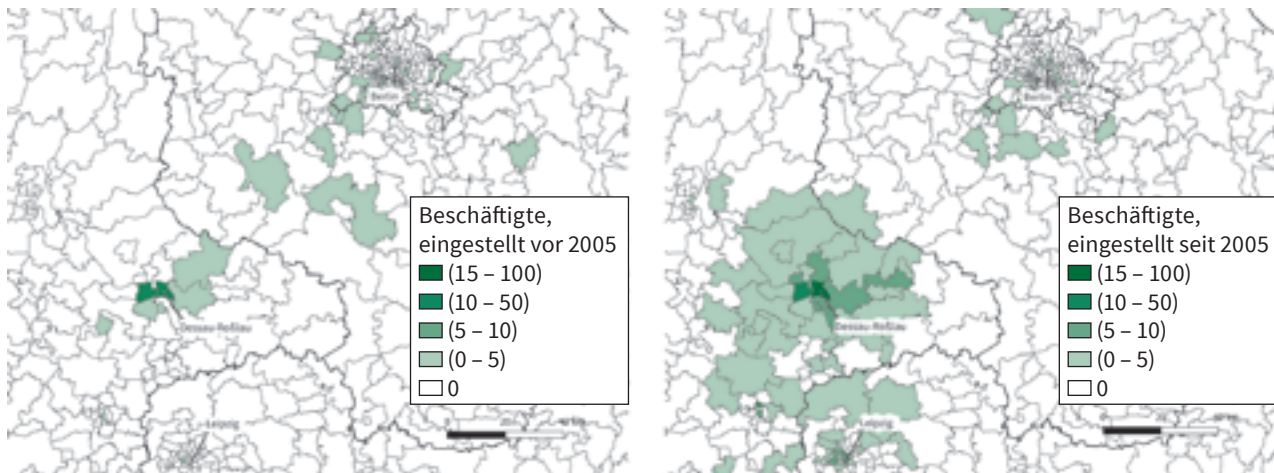
Anmerkung: Die Karten zeigen, wie viele Beschäftigte des ALE Oberpfalz in einer Gemeinde leben. Die linke Karte zeigt die Wohnorte der Beschäftigten, die vor dem Umzug von Regensburg nach Tirschenreuth im Jahr 2013 eingestellt wurden. Die rechte Karte zeigt die Wohnorte der Beschäftigten, die nach dem Umzug eingestellt wurden.

Quelle: BBSR (2022), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 4

Wohnort der Beschäftigten des UBA in Dessau-Roßlau nach Beschäftigungsbeginn vor der Umsiedelung (links) und nach der Umsiedelung (rechts)



Anmerkung: Die Karten zeigen, wie viele Beschäftigte des UBA in einer Gemeinde leben. Die linke Karte zeigt die Wohnorte der Beschäftigten, die vor dem Umzug von Berlin nach Dessau (heute Dessau-Roßlau) im Jahr 2005 eingestellt wurden. Die rechte Karte zeigt die Wohnorte der Beschäftigten, die nach dem Umzug eingestellt wurden.

Quelle: BBSR (2022), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Behördenansiedlungen zu lernen. Die Untersuchung zeigt, welche Aspekte es bei der Ansiedlung von Behörden in strukturschwachen Regionen zu berücksichtigen gilt. Grundsätzlich scheint die Neugründung von Behörden einer Verlagerung vorzuziehen zu sein und mit weniger Effizienzverlusten einherzugehen. Allerdings sollte in beiden Fällen darauf geachtet werden, dass die Beschäftigungsstruktur der Behörde zur Arbeitsmarktstruktur der Zielregion passt. Andernfalls können Behördenmitarbeiter\*innen nicht aus der lokalen Bevölkerung rekrutiert werden und die Behörde muss Ineffizienzen in ihrer Arbeitsweise hinnehmen, falls keine geeigneten Fachkräfte für den Standort gewonnen werden können.

Aus vorangegangenen quantitativen Studien ist bekannt, dass die Effekte einer Behörde auf die lokale Wirtschaft gering sind. Damit die Ansiedlung einer Behörde von der lokalen Bevölkerung positiv wahrgenommen wird, müssen ihre möglichen Effekte realistisch und transparent kommuniziert werden.

## LITERATUR

Becker, S. O., Heblich, S. und D. M. Sturm (2018), The Impact of Public Employment: Evidence from Bonn, Working Paper No. 354, Centre for Competitive Advantage in the Global Economy, Department of Economics, University of Warwick.

Bock, M. (1992), „Das halbstrukturierte-leitfadenorientierte Tiefeninterview: Theorie und Praxis der Methode am Beispiel von Paarinterviews“, in: Hoffmeyer-Zlotnik, J. (Hrsg.), Analyse verbaler Daten: über den Umgang mit qualitativen Daten. Springer Verlag, S. 90–109.

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (Hrsg.) (2020), Verwaltungsgebiete 1:250 000 (Ebenen), Stand 01.01.2017.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2021), Raumbesichtigung – Raumabgrenzungen – Raumgliederung auf Gemeindebasis - Raumtypen 2010: Besiedelung und Lage – Gebietsstand 31.12.2019, Download unter <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbesichtigung/downloads/download-referenzen.html?nn=2544954>, abgerufen am 28. Oktober 2021.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2022), Ansiedlung von Behörden in strukturschwachen Regionen. BBSR-Online-Publikation 12/2022, Bonn. Download unter [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2022/bbsr-online-12-2022-dl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2022/bbsr-online-12-2022-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2), abgerufen am 17. Mai 2022.

Deutscher Bundestag (2020) (Hrsg.), Drucksache 19/18600. Download unter <https://dserver.bundes-tag.de/btd/19/186/1918600.pdf>, abgerufen am 29. Oktober 2021.

Faggio, G., Schluter, T. und P. vom Berge (2016), The Impact of Public Employment on Private Sector Activity: Evidence from Berlin. Working Papers, Department of Economics, City University London.

Frei, X. und M. Thum (2019), „Behördenverlagerungen verändern die Arbeitsmarktstruktur“, ifo Dresden berichtet, 26 (03), S. 6-8.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Hrsg.) (2021), Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Berlin, Download unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800>, abgerufen am 14. März 2022.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2022), Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen - Stichtag 31.12.2020 - regionale Tiefe: Gemeinden. Zeitreihe: 12411-02-03-5, zuletzt abgerufen am 24. Februar 2022.

- 1 Die in diesem Kapitel beschriebenen soziodemografischen Kennzahlen basieren auf Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2022).
- 2 Die Einwohnerzahl Mühldorfs ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und lag im Jahr 2020 bei knapp 21 000 Einwohner\*innen. Mühldorf am Inn ist eine Kreisstadt im gleichnamigen Landkreis, der zum Randgebiet der Metropolregion München gezählt werden kann.
- 3 Zum Zwecke der Anonymisierung werden die Aussagen aller Interviews nach Themenblöcken gebündelt und gemeinsam ausgewertet.